



Arbeitskreis

Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen

Deutsche Evangelische Allianz

AKREF-Nachrichten

Arbeitskreis für Religionsfreiheit – Menschenrechte – verfolgte Christen
der Deutschen Evangelischen Allianz

Ulrike C. Nyboer – [redaktion at akref.de](mailto:redaktion@akref.de)

Nachrichten vom 18.11.2016 bis 25.11.2016

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Islam: Wahabitischer Ursprung	3
Afghanistan: Schiiten gegen Sunniten	4
Ägypten: Zwei koptische Geistliche enthauptet	5
Äthiopien: Das Evangelium gegen die Hoffnungslosigkeit	6
Bolivien: Mehr Schutz gefordert	7
China: Ungeheuerlicher Vorwurf	8
Deutschland: Einfluss von Islamisten wächst	9
Deutschland: Lichterkette gegen Christenverfolgung	10
Frankreich: Schatten und Licht	11
Indien: „Eher würde ich sterben, als Jesus zu verlassen“	12
Indonesien: "Gott lehrt uns, zu vergeben“	13
Indonesien: Das Video war gefälscht	14
Indonesien: Sprengstoffanschlag auf eine Kirche	15
Irak: Wieder Holzkreuze auf den Kirchen	16
Irak: Zerstörte Dörfer: Schwerer Schlag für Christen	17
IS: Auf der Flucht vor dem IS	19
IS: Sklavinnen brauchen Hilfe	20
Islam: Religiöser Fundamentalismus ist verbreitet wie noch nie	21
Myanmar: Ehemalige Kindersoldaten	22
Naher Osten: Christen werden systematisch vertrieben	23
Nigeria: Entführt, verheiratet und zur Konversion gezwungen	24
Nigeria: Kein Ende in Sicht	26
Pakistan: Fünf Muslime für Mord an Christen zum Tode verurteilt	27
Pakistan: Christliche Sender verbannt	28
Sudan: Zwei Pastoren droht die Todesstrafe	29
Syrien: Westliche Medien stellen Bürgerkrieg einseitig dar	31
Türkei: Erdogans "Säuberungsmaßnahmen"	32
USA: Strom der Migranten reißt nicht ab	33
Usbekistan: Auf Bewährung entlassen	34
Weltweit: Terror: 577 Todesopfer 2015 im Westen	35
ZAR: Zu viele Waffen im Umlauf	36
Links	37
Menschenrechtsorganisationen:	37
Wichtige englischsprachige Internetseiten	37

Islam: Wahabitischer Ursprung

„Der Islam kennt im Grunde das nicht, was wir Religionsfreiheit nennen“

Rom/Italien und Damaskus/Syrien, 18.11.2016 (poi/CBS KULTUR INFO/APD) „Der Islam kennt im Grunde das nicht, was wir Religionsfreiheit nennen.“ Dies betonte der syrisch-katholische Erzbischof von Hassake-Nusaybin, Jacques Behnan Hindo, vor den Journalisten, die in Rom zur Präsentation des vom internationalen Hilfswerk „**Kirche in Not**“ erstellten „Berichts zur Religionsfreiheit weltweit 2016“ gekommen waren. Der Erzbischof erinnerte daran, dass es im Koran viele Verse gebe, welche die Tötung von Nichtmuslimen erlauben. Das Problem sei aber nicht so sehr die Existenz dieser Verse, sondern deren wörtliche Interpretation durch fundamentalistische Muslime.

Diese wörtliche Interpretation werde nicht nur von den IS (Daesh)-Terroristen vertreten, sondern von den meisten der rund 300 bis 400 Rebellen-Organisationen, die gegen die Regierung in Damaskus kämpfen, betonte Behnan Hindo. Die von den Gruppen proklamierte „Treue zum reinen Islam“, vor allem zum kanonischen Recht der „Scharia“, mache diese Organisationen intolerant gegenüber allen anderen Religionen. Wer nicht Muslim sei, dürfe nur als „Dhimmi“, als Bürger zweiter Klasse, existieren und müsse eine Sondersteuer, die „Dzisyā“, zahlen.

Der Erzbischof machte darauf aufmerksam, dass der islamistische Extremismus auf die wahabitische Konzeption zurückgeht, die aus dem Königreich Saudi-Arabien stamme und dort den Rang einer Staatsideologie einnehme. Wahabitisch beeinflusst sei das Denken der IS (Daesh)-Terroristen, aber auch der Islam, der in den von den Golfstaaten finanzierten Koranschulen in aller Welt gelehrt werde. Viele westliche „foreign fighters“, die nach Syrien gegangen sind, seien in solchen Schulen für den „Dschihad“ interessiert worden. Behnan Hindo brach in Tränen aus, als er an dieser Stelle daran erinnerte, dass er praktisch jeden Tag einen jungen Soldaten der syrischen Armee betrauern müsse, der aus seiner Eparchie stamme und ein Opfer der Dschihadisten wurde.

In diesem Zusammenhang ging der syrisch-katholische Erzbischof hart mit den westlichen Mächten ins Gericht, die direkt oder indirekt bewaffnete Gruppen finanziert hätten, die als „gemässigt“ dargestellt würden, obwohl sie sich in ihrem Denken nicht von den IS (Daesh)-Terroristen unterscheiden. Der Hass all dieser Terrorgruppen richte sich nicht nur gegen Christen, sondern auch gegen Angehörige anderer Religionen und vor allem gegen die gemässigten Muslime, die sich der fundamentalistischen Interpretation des Islam nicht anschliessen wollen.

Afghanistan: Schiiten gegen Sunniten

(GfbV) Bei einem Anschlag eines Selbstmordattentäters auf die Moschee Baqir ul Olum im Westen von Kabul wurden heute mindestens 27 Gläubige getötet und 35 Menschen verletzt.

Seit drei Jahren gibt es in dem überwiegend sunnitischen Afghanistan immer wieder Angriffe auf Hazara. Auch 2016 gab es mehrere blutige Attacken. So waren bei einem Feuerüberfall auf den schiitischen Sakhi-Schrein am 12. Oktober 18 Menschen getötet und 54 Personen verletzt worden. Nur einen Tag später wurden in der im Norden des Landes gelegenen Provinz Balkh 15 Hazara durch eine Mine getötet. Am schrecklichsten war jedoch der Bombenanschlag auf eine Demonstration der Minderheit in Kabul, bei dem am 23. Juli 2016 mindestens 85 Menschen getötet und 400 verletzt wurden.

Die Hazara stellen rund 20 Prozent der etwa 30 Millionen Einwohner Afghanistans. Auch im Nachbarland Pakistan, in dem rund 600.000 Hazara leben, werden Angehörige der Minderheit immer wieder Opfer von Terrorangriffen sunnitischer Extremisten.

Ägypten: Zwei koptische Geistliche enthauptet

Die Hinrichtung, nach eigenen Angaben des IS, hat sich vermutlich auf der Sinai-Halbinsel ereignet

Kairo/London (idea) – Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) hat nach eigenen Angaben zwei koptische Geistliche getötet. Sie verbreitete auf Propagandakanälen Bilder von den Enthauptungen, die sich in Ägypten ereignet haben sollen. Dort ist der IS vor allem auf Sinai-Halbinsel aktiv. Die Bilder zeigen die beiden Opfer – zwei ältere Männer – in orangefarbenen Overalls. Sie seien „Spione“ gewesen, behauptet der IS. Auf den Fotos ist im Hintergrund eine Gruppe verummter Mitglieder der Terrorgruppe im Wüstensand zu sehen. Der IS agiert auf der Sinai-Halbinsel vor allem im Raum Al-Arish und Rafah an der Grenze zum Gazastreifen. In Ägypten bilden die schätzungsweise bis zu zehn Millionen orthodoxen Kopten die größte Kirche. Die meisten der 87 Millionen Einwohner des Landes sind Muslime.

Anglikaner-Oberhaupt Welby: Der IS hat sehr wohl etwas mit dem Islam zu tun

Unterdessen hat sich das Oberhaupt der anglikanischen Kirche von England, Justin Welby, gegen die Rede gewandt, dass der IS-Terror nichts mit dem Islam zu tun habe. Eine solche Aussage helfe niemandem weiter und schade nur bei der Bekämpfung des Islamismus, erklärte der Erzbischof von Canterbury laut der Zeitung „Daily Telegraph“ (Ausgabe 19. November). Nach seinen Worten muss eine theologische Stimme Teil der Antwort auf den IS-Terror sein. Dazu gehöre, nicht länger zu behaupten, der IS habe nichts mit dem Islam zu tun, die christlichen Milizen in der Zentralafrikanischen Republik nichts mit dem Christentum und die hinduistische Christenverfolgung in Südindien nichts mit dem Hinduismus.

Äthiopien: Das Evangelium gegen die Hoffnungslosigkeit

(AKREF) Soeben bekomme ich einen Bericht von einem evangelisch theologischen Referenten, der von seiner kürzlich stattgefundenen Reise aus Äthiopien berichtet. Hier einige Auszüge daraus:

„Geschwister in Äthiopien erleben harte Widerstände bis hin zu Folter, aber auch Wunder über Wunder. In den letzten drei Tagen war ich jeden Tag noch zu Bibelarbeiten bei Fasten- und Gebetsgruppen und gab ihnen einige Gedanken zum Gebetsleben Jesus weiter.

Es gäbe viel zu berichten über die Schönheit der Menschen und Landschaften in Äthiopien, über die hingeebenen opferbereiten Christen, aber auch über das ständige Gehoppel auf den Straßen, den allgegenwärtigen Schmutz, den aggressiv vorwärts schreitenden Islam, die erbärmlichen und tief zu Herzen gehenden Verhältnisse, in denen die allermeisten ihr Leben fristen, die politisch angespannte Lage (momentan können keine E-Mails verschickt sondern nur empfangen werden, Facebook ist total gesperrt), die unerwünschte laute Musikbegleitung und das Hundegebell bis über Mitternacht hinaus, die schrillen über total übersteuerte Lautsprecher verbreiteten Gebetsaufrufe der koptischen Kirche (Beginn 3:00 nachts, alle 3 Stunden), die Gebetsaufrufe von der Moschee (Beginn 05:00 morgens), dazu Moskitos, Hitze, verstopfte Nase, ...

Die entscheidende Hilfe in dieser großen Hoffnungslosigkeit der Menschen ist unumstritten das Evangelium von Jesus Christus. Wenn er in ein Leben kommt, dann leuchten die ehemals matten und dunklen Augen. Und in glänzende, frohe Augen durfte ich oft schauen. Was für z.T. gewaltige Veränderungen gibt es doch, wenn solche Menschen Jesus finden dürfen. Und diese Hilfe durfte ich durch Jesu Beistand in diesen Tagen reichlich weitergeben. Gott segnete diesen Einsatz tief und reich im Schulungszentrum und in den Gemeinden! Ich war Euer verlängerter Arm in das Elend der Menschen hinein.

Zwei dringende Anliegen für die Gemeinde Jesu in Äthiopien:

Einer der Ältesten fragte: „Haben wir etwas falsch gemacht, als wir vor 25 Jahren nach Ende der kommunistischen Herrschaft in unserem Land intensiv für Erweckung beteten? Denn heute sind viele Gemeinde durch falsche Propheten verführt und werden von durchreisenden Predigern mit ihren großen Versprechen, die zu 99% nicht eintreffen, finanziell ausgesaugt und lehrmäßig in die Irre geführt.“ Die Brüder baten uns inständig, besonders dafür zu beten, dass die Gemeinden von solchen oft ausländischen Blutsaugern und Irrlehren mit den irrwitzigsten Versprechen verschont bleiben. Aber in nicht wenigen Gemeinden kommt die Hilfe dafür vielleicht noch rechtzeitig. -

Ein Zweites: Ein Bruder unterstützt nun Gemeinden u.a. darin, dass er Patenschaften für Gemeindeevangelisten und –hirten übernimmt. Er schult diese Leute im Wort Gottes, damit sie als gute Hirten ihren Gemeinden dienen können (das war auch das spezielle Ziel meines Einsatzes). Er könnte sofort 10 Brüder anstellen, um die einzelnen Gemeinden zu weiden, zu hüten und mit den Geschwistern evangelistisch vorwärts zu gehen. Aber das Geld dafür ist nicht da. Und nun kommt meine zweite Bitte: Überlegt und betet doch mal darum, ob Ihr nicht eine Patenschaft für solch einen Evangelisten für 60 Euro monatlich übernehmen könnt. Es wäre ein riesiger Segen für dieses Land, damit es nicht weiter in die Hände von falschen Propheten und selbsternannten Aposteln fällt.“

Infos dazu bei AKREF- wir leiten weiter.

Wie geht es den vier jungen Christinnen?

Wie World Watch Monitor und Open Doors berichteten, wurden am 15. November die vier junge Christinnen im Alter zwischen 14 und 18 Jahren, die im September wegen der Weitergabe eines christlichen Buches verhaftet worden waren [\[siehe AKREF vom 21.10.2016\]](#), erneut vor Gericht gestellt. Sie wurden angeklagt, zu religiöser Gewalt angestiftet zu haben. Nach einer kurzen Anhörung verurteilte sie der Richter zu jeweils einem Monat Gefängnishaft. Dafür sollen die Mädchen in ein größeres Gefängnis in der Stadt Gelemiso verlegt werden. Erst nach der Überführung können die Familien gegebenenfalls Berufung einlegen.

Bolivien: Mehr Schutz gefordert

Katholische Bischöfe fordern Verwirklichung der Barmherzigkeit in der Justiz

Cochabamba (Fides) – "Grundlagen unseres Zusammenlebens müssen Wahrheit, Ehrlichkeit, Respekt und Friedfertigkeit sein. Einzelinteressen müssen dem Streben nach Gemeinwohl weichen, mit einem besonderen Augenmerk für die Schwachen: Arme und Kranke, Menschen mit einer Behinderung und Inhaftierte", so die bolivianischen Bischöfe in ihrer Schlussbotschaft zur ihrer Vollversammlung in der vergangenen Woche. "Wir müssen Barmherzigkeit in der Justiz verwirklichen, die oft von politischen Interessen und Korruption beeinträchtigt wird. Eine unbegrenzte Untersuchungshaft ohne einen Prozess verstößt gegen die Annahme der Unschuld und zu unmenschlichen Bedingungen in den Haftanstalten. Wir schließen uns dem Ruf des bolivianischen Volkes nach einer glaubwürdigen, schnellen und unparteiischen Justiz an", heißt es in dem Dokument, das diesem Wochenende als „Botschaft an das Volk Gottes“ auch in den Pfarreien verlesen werden soll. Wie die Bischofskonferenz mitteilt, befassen sich die Bischöfe darin insbesondere konkrete Lebenssituation der Menschen in Bolivien.

Am Schluss ihrer Botschaft prangern die Bischöfe die verschiedenen Formen des Verstoßes gegen das Recht auf Leben an und nennen in diesem Zusammenhang "**Gewalt gegen Frauen mit Todesfolge, Lynchjustiz, Menschenhandel, Abtreibungen und andere Formen der Gewalt in der Gesellschaft**".

Allein in den vergangenen drei Wochen gab es verschiedene Episoden der Lynchjustiz. Wie die Staatsanwaltschaft mitteilt wurden im Jahr 2015 insgesamt 32 solcher Fälle amtlich. Oft gelingt es den Behörden nicht, Lynchmorde zu verhindern.

(CE) (Fides 18/11/2016)

China: Ungeheuerlicher Vorwurf

Vorwurf: China lässt politischen Häftlingen Organe entnehmen. Auch Christen sind betroffen – Es existiert ein riesiger Schwarzmarkt

Peking/Canberra (idea) – China soll politischen Gefangenen systematisch Organe entnehmen und sie verkaufen. Diesen Vorwurf erheben die beiden kanadischen Rechtsanwälte und Menschenrechtler David Kilgour und David Matas. Bei einem Treffen im australischen Parlament in Canberra forderten sie die Weltpolitik dazu auf, Druck auf China auszuüben, diese Praxis zu beenden. Die beiden Juristen haben nach eigenen Angaben Beweise dafür, dass in der kommunistischen Volksrepublik jedes Jahr zwischen 60.000 und 100.000 Organtransplantationen vorgenommen würden. Die „einzig plausible Erklärung“, um an so viele Organe zu kommen, sei, dass man sie Christen, tibetischen Buddhisten, muslimischen Uiguren sowie Anhängern der Meditationsbewegung Falun Gong entnehme – entweder nach deren Hinrichtung oder gegen deren Willen bei lebendigem Leibe in der Haft. Beweise legten Kilgour und Matas nicht vor. Nach Angaben von chinesischen Behörden wurden im vergangenen Jahr 10.057 Organtransplantationen vorgenommen. Zudem seien seit Januar 2015 keinem hingerichteten Häftling mehr Organe entnommen worden. In China gibt es einen großen Schwarzmarkt für Organhandel. Ausländischen Patienten wird angeboten, innerhalb von ein bis vier Wochen ein passendes Spenderorgan zu bekommen.

Deutschland: Einfluss von Islamisten wächst

Der Islamwissenschaftler und Terrorismus-Experte Guido Steinberg warnt

Berlin/München (idea) – Viele der über fünf Millionen Muslime in Deutschland werden immer öfter islamistische Positionen übernehmen. Damit rechnet der Islamwissenschaftler und Terrorismus-Experte Guido Steinberg von der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin. Wie er im CSU-Politikmagazin Bayernkurier (München) schreibt, ist konservatives, islamistisches und salafistisches Gedankengut unter Muslimen auf dem Vormarsch. Ziel sei es, dass allein das islamische Recht, die Scharia, zur Richtschnur des Handelns von Muslimen wird. Steinberg zufolge sind die Salafisten in Deutschland zum wichtigsten Sammelbecken zur Rekrutierung von islamischen Terroristen geworden. Inzwischen wisse man in der Politik und den Sicherheitsbehörden, dass sie eine Gefahr seien. Deshalb dürfte es, so Steinberg, nicht allzu schwierig werden, ihre 10.000 bis 20.000 Anhänger effektiver zu bekämpfen.

Zusammenarbeit mit DITIB beschränken

Schwieriger sei die Lage bei den Islamisten. Irrtümlich habe man in Wissenschaft, Politik und Medien angenommen, dass sie sich vom Extremismus abwendeten und sogar zu Demokraten werden könnten. Doch in der Türkei zeige sich nun, dass das nicht der Fall sei. Dort bauten sie einen autoritären Staat auf, der intolerant und sektiererisch geprägt sei. Für Deutschland sei es ein Problem, dass diese Politik auch die staatliche türkische Religionsbehörde Diyanet erfasst habe, denn sie kontrolliere die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion (DITIB). Der Moscheedachverband hat mehr als 900 Moscheen in Deutschland. Bund und Länder müssten einschreiten, wenn die Türkei über die DITIB versuche, auch hierzulande ihre autoritäre Religionspolitik durchzusetzen. Steinbergs Rat: „Kooperationen mit der DITIB müssen auf ein absolutes Minimum beschränkt werden.“ Ihre Vereine sollten verstärkt überwacht werden: „Deutsche Imame müssen in Deutschland unter staatlicher Aufsicht ausgebildet werden.“ Muslimische Religionspolitik für Deutschland müsse in Berlin, München und Düsseldorf gemacht werden und nicht in Ankara.

Deutschland: Lichterkette gegen Christenverfolgung

Hamburg: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte fordert Religionsfreiheit



Hamburg (idea) – Mit einer Lichterkette in der Hamburger Innenstadt will die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) am 26. November für die Freilassung der von der Todesstrafe bedrohten Pakistanerin **Asia Bibi** und des Marokkaners **Jamaa Ait Bakrim** demonstrieren. Bibi war nach dem pakistanischen Blasphemiegesetz zum Tode durch den Strang verurteilt worden, weil sie den Islam beleidigt haben soll. Am 22. Juli hatte das Oberste Gericht Pakistans die Todesstrafe gegen die Katholikin ausgesetzt und eine Berufung gegen das Urteil zugelassen. Bakrim, der vom Islam zum Christentum übertrat, wurde nach der Ablehnung seines Asylantrags in den Niederlanden in seinem Heimatland wegen des Abwerbens von Muslimen zum christlichen Glauben (Proselytismus) zu 15 Jahren Haft verurteilt. Die Demonstration wird von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK), dem evangelikalen Netzwerk „Gemeinsam für Hamburg“ und der **örtlichen Evangelischen Allianz** unterstützt. Zu den Rednern zählen unter anderen der CDU-Bundestagsabgeordnete Jürgen Klimke und der ehemalige FDP-Bundestagsabgeordnete Burkhardt Müller-Sönksen. Die Aktion beginnt um 15.45 Uhr an der Mönckebergstraße, U-Bahn-Haltestelle Rathaus (Linie U3), Ausgang Europapassage.

Frankreich: Schatten und Licht

(AKREF) Als die Missionarin Evelyn Theurer wie gewohnt am Sonntagmorgen zu ihrer Gemeinde in Alençon kam, fielen ihr gleich die Schmierereien an den Fenstern des Gemeindehauses auf: Zwei groß und deutlich geschriebene Worte auf Englisch: „false God“ (falscher Gott). Dazu ein umgekehrtes Kreuz. Evelyn fragt sich, was dahinter steckt. „Ist es ein Angriff auf unsere christliche Botschaft, auf unsern Gott, den Schöpfer, der alles so gut gemacht hat?“

Die Schmierereien einfach so hinnehmen wollte die Gemeinde nicht. Deshalb meldete sie den Vorfall bei der Polizei, die das alles auch sehr ernst genommen hat.

Die Hintergründe sind bisher noch völlig unklar. Seit den Attentaten des IS in Frankreich ist die Stimmung im Land angespannt. Hat es damit etwas zu tun? Oder waren es Anhänger einer Satanskirche? Oder einfach betrunkene Jugendliche, die sich einen völlig unangebrachten Scherz erlaubten? „Wir wissen es nicht“, schreibt mir Evelyn Theurer. „Aber wir wollen es ganz in Gottes Hand legen. Außerdem merken wir, dass der Inhalt unsere Vitrine aufmerksam gelesen wird, was ja sehr positiv ist. Für diejenigen, die es getan haben, wollen wir beten.“

Nach dem nächsten Gottesdienst wird sich die Gemeinde über das Thema unterhalten. Manche sind der Meinung, dass die Gemeinde stärkere Sicherheitsvorkehrungen treffen müsste. Gleichzeitig will die Gemeinde eine offene Gemeinde für Interessierte sein.

„Auch wenn wir weit davon entfernt sind, was unsere Brüder und Schwestern außerhalb Europas erleiden müssen, rückt das Thema Verfolgung durch solch einen Vorfall natürlich näher“, meint die Missionarin.

Licht und Schatten liegen nah beieinander. Es war eine große Freude, dass am Sonntag eine junge Amerikanerin neu zur Gemeinde stieß. Ob sie wohl wiederkommen wird?

Im Landkreis Orne gibt es eine Gruppe von zehn evangelikalen Gemeinden, die sich zur **Französischen Evangelischen Allianz** rechnet. Ihr Wunsch ist es, dass Christen ihre Aufgabe in der Welt wahrnehmen, Licht und Salz zu sein. „Gott kann beides schenken: Dass Menschen in der Normandie zu ihm finden. Und seine Gemeinde von Angriffen bewahrt bleibt“, sagt Evelyn Theurer. Darauf vertrauen wir.

Indien: „Eher würde ich sterben, als Jesus zu verlassen“

Auch wenn ihr Mann ermordet wurde, hält Chandan an ihrem Glauben fest

In Indien erleben Christen in den letzten Jahren zunehmende Verfolgung. Häufig geht diese von hinduistischen Extremisten aus, doch auch die maoistischen Naxaliten gehen vielerorts gegen Christen vor. So war Chandans Ehemann, Pastor Aadarsh, mit seiner Botschaft des Evangeliums dieser militanten Gruppierung im Weg.

Im Visier der Naxaliten

Die Naxaliten haben sich dem Kampf für die Rechte bestimmter Stammesgruppen verschrieben. Dazu wenden sie Guerillakampfmethoden an und führen auch blutige Anschläge durch. Christen widersetzen sich den Naxaliten, wenn diese junge Leute als Rekruten gewinnen wollen. Teilweise werden Naxaliten auch von hinduistischen Extremisten gegen Christen aufgewiegelt. In den letzten zehn Jahren sind tausende Christen durch Naxaliten überfallen, verprügelt, entführt, vergewaltigt oder ermordet worden.

Pastor gewinnt junge Menschen für das Evangelium und wird ermordet

Chandan beschreibt Aadarsh als einen Mann, für den Gebet einen hohen Stellenwert besaß und dem Jugendliche besonders am Herz lagen. Durch ihn hatten sich 25-30 Angehörige eines animistischen Stammes Jesus zugewandt. Pastor Aardash hatte junge Menschen ermutigt, sich nicht der Miliz anzuschließen, sondern eine Ausbildung abzuschließen und einen Beruf zu ergreifen. Eines Tages drängte sich eine Gruppe von dreißig Männern in das Haus von Aadarsh (40) und Chandan (35). „Sie riefen, dass sie ihn töten würden. Als sie ihn nach draußen schleppten, klammerte ich mich an ihm fest. Sie schlugen mich jedoch hart auf die Schulter und ich stürzte zu Boden. Die Tür fiel zu und sie verschwanden im Dschungel.“ Stunden später fanden die Dorfbewohner Aadarshs leblosen Körper im Urwald.

Ermütigung durch Besuche und Briefe

Kurz nach Aadarshs Ermordung besuchten Partner von Open Doors Chandan, die aus ihrem Dorf geflohen war. „Zuerst brachten wir ihr Lebensmittel und Kleidung“, erzählt ein Teammitglied. „Sie hatte bei ihrer Flucht nichts außer ihrer Kleidung mitgenommen und brauchte dringend praktische Hilfe. Unser Besuch hat sie getröstet.“ Chandan hat vier Kinder, drei sind im Internat, eines ist bereits verheiratet. Auf ihre Besucher wirkte sie sehr aufgewühlt. Einer fragte Chandan, ob sie daran gedacht habe, Jesus zu verlassen. „Eher würde ich sterben“, war ihre Antwort. Bitte beten Sie für Chandan! Sie können ihr auch eine ermutigende Karte schreiben, mehr Informationen dazu erhalten Sie [hier](#).

Danke, dass Sie sich an die Seite der Christen in Indien stellen

- **Danken Sie für Chandan und die anderen indischen Christen, die trotz großer Schwierigkeiten an Jesus festhalten.**
- **Bitte beten Sie für Christen wie Chandan, die Opfer von gewaltsamen Übergriffen wurden oder Angehörige verloren haben.**
- **Beten Sie um Schutz für die indischen Gemeinden vor gewaltbereiten Naxaliten und hinduistischen Extremisten.**
- **Beten Sie auch für die Verfolger, dass sie ihre feindselige Haltung gegenüber den Christen aufgeben und sich für Jesus öffnen.**

Indonesien: "Gott lehrt uns, zu vergeben"

Eltern eines Terroropfers - Die vierjährige Trinity starb bei einem Bombenanschlag des IS

Samarinda (idea) – Die Eltern eines vierjährigen Mädchens, das bei einem Attentat der Terrorbewegung „Islamischer Staat“ (IS) auf eine Kirche in Indonesien ums Leben kam, haben dem mutmaßlichen Täter vergeben. Das berichtet die Internetzeitung „Christian Post“ (Washington). Ziel des Anschlages war die evangelische „Ökumene Kirche“ in Samarinda im Osten der Insel Kalimantan. Während des Gottesdienstes am 13. November warf der Attentäter eine selbst gebaute Brandbombe auf den Platz vor der Kirche, wo vier Kinder im Alter zwischen zwei und vier Jahren spielten. Drei wurden schwer verletzt, die vierjährige Trinity Hatehaean erlag wenig später im Krankenhaus ihren schweren Brandverletzungen. Unter Berufung auf die Tante des Mädchens, Roina Simanjuntak, heißt es in der „Christian Post“, dass die Eltern öffentlich bekannt hätten, nicht auf Rache zu sinnen: „Gott lehrt uns, zu vergeben.“ Allerdings sei die Mutter stark traumatisiert.

Der Täter hatte zuvor bereits zwei Anschläge verübt

Bei dem Täter handelt es sich um den bereits wegen der Beteiligung an zwei Attentaten 2011 verurteilten Terroristen Muhammad Johanda. Er war wegen eines Anschlages auf ein nukleares Forschungszentrum in Serpong (bei Jakarta) und eine Kathedrale in der Stadt zu einer dreieinhalbjährigen Haftstrafe verurteilt worden, kam aber wegen guter Führung bereits im Juli 2014 auf Bewährung frei. Er hatte vor Gericht eingeräumt, für den IS tätig zu sein. Zahlreiche muslimische Verbände distanzieren sich von dem Anschlag in Samarinda. Der Rat der islamischen Geistlichen in Indonesien nannte ihn „eine Katastrophe für die Menschlichkeit“. Das Forum für religiöse Toleranz (Jakarta) bezeichnete das Attentat als „unmenschlich“. Indonesien ist der Staat mit der größten muslimischen Bevölkerung der Welt. Von den 237 Millionen Einwohnern sind 88 Prozent Muslime, neun Prozent Christen, die übrigen Buddhisten und Hindus. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch haben in den vergangenen zehn Jahren wegen christenfeindlicher Übergriffe durch militante Muslime über 1.000 Kirchengemeinden ihre Arbeit beendet.

Indonesien: Das Video war gefälscht

Massenproteste gegen christlichen Gouverneur

Am 11.11.2016 gingen zehntausende Muslime in Indonesiens Hauptstadt Jakarta auf die Straße und forderten die Verhaftung des amtierenden Gouverneurs, der Christ ist, wegen Beleidigung des Korans. Jetzt hat ein Professor gestanden, dass er ein Facebook-Video fälschte und dem Gouverneur die entsprechenden Worte in den Mund legte.

Tjahaja ‚Ahok‘ Basuki Purnama ist der erste Christ seit über 50 Jahren, der als Gouverneur der indonesischen Hauptstadt gewählt wurde. Am Montag wurde er fast neun Stunden lang von der Polizei verhört, nachdem er der Blasphemie bezichtigt worden war, worauf in Indonesien bis zu fünf Jahre Gefängnis stehen.

Angeblich hatte der Gouverneur in einer Rede im September gesagt, dass Muslime „mit einer Aussage aus dem Koran belogen würden, dass sie nicht für Nicht-Muslime stimmen dürfen.“ Dass der Koran lüge, ist für Muslime eine schwere Gotteslästerung. Nachdem die Rede über Facebook bekannt wurde, protestierten am vorletzten Freitag über 100'000 Muslime in den Straßen Jakartas. Viele forderten die Absetzung, die Verhaftung und einige sogar den Kopf von Purnama.

Mittlerweile hat Buni Yani, ein Professor für Kommunikation, der das Video mit den angeblichen Gotteslästerungen auf Facebook geladen hatte, zugegeben, dass er das Video bearbeitet habe, um den Eindruck zu erwecken, dass Purnama die Muslime und den Koran beleidigt. Statt „Ihr wurdet vom 51. Vers einer Sure des Korans belogen“ lautet, wie der Anwalt des Professors zugab, das Zitat in Wirklichkeit „Ihr wurdet von Leuten belogen, die den 51. Vers (.....) falsch zitiert haben“.

Yani bestreitet allerdings, hinter den Protesten zu stehen, die auf seine Fälschung hin stattfanden, in denen eine Person ums Leben kam und mehrere verletzt wurden.

Wiederwahl gefährdet

Gouverneur Purnama kämpft um seine Wiederwahl. In einer Blitzumfrage gaben 440 Einwohner von Jakarta jetzt an, dass – frei nach dem Satz 'etwas Dreck bleibt immer hängen' – seine Wählbarkeit nach den Unruhen von letzter Woche gesunken sei.

Quelle: Livenet/ Christian Post/HMK

Indonesien: Sprengstoffanschlag auf eine Kirche

Indonesische Bürger protestieren gegen die Polarisierung der Gesellschaft

Jakarta (Fides) – Zahlreiche Demonstranten waren in den vergangenen Tagen in Jakarta und Semarang zu öffentlichen Kundgebungen zusammengekommen, bei den die Forderung nach "Einheit trotz Unterschiedlichkeit" im Mittelpunkt stand. Auslöser der Proteste waren ein Sprengstoffanschlag auf eine Kirche in Samarinda und der Versuch die Bevölkerung im Zusammenhang mit der Anklage wegen angeblicher Blasphemie gegen den christlichen Gouverneur von Jakarta Basuki Tjahaja Purnama ("Ahok") zu polarisieren.

An Kundgebung im Zeichen des indonesischen Mottos "Bhinneka Tunggal Ika" (Eineit trotz Unterschiedlichkeit) nahmen auch zahlreiche katholische Priester, Ordensleute und Gläubige teil, die Erzbischof Ignatius Suharyo in Jakarta „Gebet für das Vaterland“ aufgefordert hatte.

Höhepunkt der Kundgebung war eine Schweigeminute, während die Mitglieder verschiedener Religionen sich dem persönlichen Gebet für Toleranz und Frieden widmeten. Im Anschluss an das stille Gebet verlas das Veranstaltungskomitee eine gemeinsame Erklärung: "Einige Gruppen und Bewegungen versuchen die in der Pancasila festgelegten Prinzipien Indonesiens zu untergraben und das Land zu zerstören", heißt es in der Erklärung, weshalb man „gegen Gewalt im Namen der Religion“ eintreten werde“.

Pfarrer Simon Petrus Lili Tjahjadi, Rektor der Fakultät für Philosophie der Driyarkara-Univesität in Jakarta betont gegenüber Fides, "die Sorge um das Gemeinwohl in Indonesien ist auch unsere Sorge. Dies ist der Beweis für unser Engagement zum Schutz der pluralistischen Identität Indonesiens".

Bereits am vergangenen 4. November hatten radikalislamische Bewegungen zu einer Kundgebung aufgerufen, bei der sie eine Anklage wegen angeblicher Blasphemie gegen den Gouverneur forderten. Am 16. November brachten die Behörden offizielle Ermittlungen auf den Weg.

Bereits am Internationalen Tag der Toleranz hatten Demonstranten in Semarang bei einer friedlichen Kundgebung in Semarang Pluralismus und den Respekt der Unterschiedlichkeit gefordert. Dabei verurteilten die Kundgebungsteilnehmer jede Form von Intoleranz und Diskriminierung vor dem Hintergrund der Zugehörigkeit zu einer Religion, Ethnie oder Rasse oder wegen des Geschlechts oder der politischen Meinung. Die Teilnehmer forderten konkrete Maßnahmen des Staates zur Bekämpfung gewaltbereiter und intoleranter Strömungen, auch in den sozialen Medien, zur Förderung des harmonischen Zusammenlebens in Indonesien

Der Leiter der Ökumene-Kommission der Diözese Semarang, Pfarrer Aloysius Budi Purnomo betont gegenüber Fides: "Wir indonesische Christen müssen für ein neues Bewusstsein von der Kultur der Liebe eintreten, damit eine würdige und harmonische Gesellschaft entsteht, die das Wohl jedes Bürgers unabhängig von der Religion anstrebt. Studenten und junge Menschen sind wichtige Elemente des aktiven Engagements gegen Gewalt und Intoleranz. Sie haben die Aufgabe sich für Harmonie, Frieden und Geschwisterlichkeit in unserem Land zu engagieren und dabei niemals aufzugeben".

(PA-PP) (Fides 21/11/2016)

Irak: Wieder Holzkreuze auf den Kirchen

Peschmerga ziehen sich nicht aus befreiten Gebieten zurück: "Kurdistan soll multiethnisch und multireligiös sein"

Bashiqa (Fides) – Die kurdischen Peschmerga-Milizen werden sich nicht aus den von den Kämpfern des Islamischen Staates (IS) befreiten Gebieten zurückziehen. Dies sei mit den Vereinigten Staaten und der irakischen Regierung so vereinbart worden, so der Präsident der Autonomen Provinz Kurdistan Masud Barzani, gegenüber Journalisten am gestrigen 16. November in Bashiqa in der Provinz Ninive, die von den Peschmerga in der ersten Novemberwoche befreit wurde.

Barzani dementierte auch Anschuldigungen von Menschenrechtsorganisationen, die die Demolierung von Häusern in den befreiten Gebieten beklagen. Man könne das Verbleiben von Kollaborateuren des IS in den von den kurdischen Kämpfern befreiten Gebieten nicht dulden, so der kurdische Präsident. "Wir wollen ein Kurdistan, in dem verschiedene ethnische und religiöse Gruppen zusammenleben und wo der Mullah zum Gebet ruft, werden auch die Glocken der Jesiden läuten", so der kurdische Präsident in diesem Zusammenhang.

In der Stadt Bashiqa, die in den vergangenen Tagen befreit wurde, brachten Peschmerga-Kämpfer selbst neben den eigenen Fahnen wieder große Holzkreuze auf den Kirchen an.

(GV) (Fides 17/11/2016)

Irak: Zerstörte Dörfer: Schwerer Schlag für Christen

(pro) Vor zwei Jahren hat der „Islamische Staat“ viele Christen aus irakischen Städten vertrieben. Seit die Terror-Miliz zurückgedrängt wird, gibt es Aussicht auf Rückkehr. Doch für viele Vertriebene ist damit ein neuer Schicksalsschlag verbunden.

Verhalten positiv klingen die aktuellen Nachrichten aus dem Irak: Regierungstruppen aus dem Süden und kurdische Truppen aus dem Norden rücken gegen den „Islamischen Staat“ (IS) vor. Die Schlacht um Mossul, der Terror-Hochburg, von der aus der IS-Chef Abu Bakr al Baghdadi sein Kalifat ausgerufen hatte, dauert allerdings schon über einen Monat an. Die Mitarbeiterin der internationalen Hilfsorganisation GAI (Global Aid Network), Andrea Wegener, unterstützt die Flüchtlinge vor Ort. Sie hat pro einen Einblick in die Verfassung der Menschen gegeben.

Wegener hat die vergangenen Tagen viel mit Christen gesprochen, die im Sommer 2014 vom IS vertrieben wurden und heute in Flüchtlingsunterkünften wohnen. Diese Familien überlegen, ob sie jetzt in ihre Dörfer zurückkehren sollen. Im Zuge des Vorrückens der irakischen und kurdischen Armee sind viele christliche Dörfer vom Einfluss des IS befreit worden. Aber die Situation sei nicht so einfach. „Die Menschen vor Ort haben viel Angst und würden in ihre Dörfer nur zurückkehren, wenn sie von der Weltgemeinschaft eine sichere Zone garantiert bekämen“, sagt Wegener. Zur Angst kommen Schreckensnachrichten aus den befreiten Dörfern hinzu.

Brüchige Wände, Terrortunnel und Minen

„Es hat sich als ganz schwerer Schlag herausgestellt, dass die Häuser vom IS nicht einfach zurückgelassen worden sind“, sagt Wegener. Obwohl es in den Dörfern keine Kämpfe gegeben hat, habe der IS nur Chaos zurückgelassen. Brandsätze seien in die Häuser geworfen worden. Das habe alles angekokelt und die Wände brüchig gemacht. Der IS hat laut den Berichten in den Dörfern Tunnel gegraben, aus denen jeder Zeit Gefahr drohen kann. Manche Häuser und Straßen seien auch vermint worden. An eine einfache Rückkehr sei so nicht zu denken.

„Wir haben jedes Gefühl von Sicherheit verloren“, erzählte ein ehemalige Rektor einer Assyrischen Oberschule in Karakosch, südöstlichen von Mossul, der GAI-Mitarbeiterin: „Die Vorstellung, dass wir noch einmal vertrieben werden könnten, ist unerträglich.“ Er und seine Familie hatten so darauf hingelegt, in ihr Dorf zurückgehen zu können. Als sie aber die Zerstörung mit eigenen Augen sahen, sei das wie ein zweiter harter Schlag gewesen.

Die Menschen seien jetzt ähnlich erschüttert wie nach der Vertreibung vor zwei Jahren, weiß Wegener, die seit dem Sommer 2014 mit der Organisation GAI Hilfsgüter unter Flüchtlingen in Camps und Containersiedlungen im Irak verteilt. Mit Decken, Kleidung oder Babybrei sichern sie die Grundversorgung. In den Gesprächen in den Unterkünften hört Wegener immer wieder die tiefe Erschütterung heraus. GAI arbeitet aktuell in Kurdistan, dem Autonomiegebiet im nördlichen Irak, weil dort die größte Bewegung unter den Flüchtlingen ist.

UN plant Nothilfe für Mossul

Am Montag war Wegener bei einem Treffen des Amts für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) der Vereinten Nationen. Dort werde über Nothilfe für die Menschen beraten, die aktuell aus Mossul fliehen. Sie versuchen Kapazitäten für bis zu 500.000 flüchtende Menschen zu schaffen. „Aber jetzt schon an Wiederaufbau zu denken, ist zwei Schritte zu weit gedacht“, sagt Wegener. Es werde viel an den Vereinten Nationen und anderen Hilfsorganisationen hängen. Den Flüchtlingsstrom könnten die Kurden gar nicht allein stemmen.

Die GAI-Mitarbeiterin findet die aktuellen Entwicklungen ereignisreich. Es sei, als ob die Geschichte zurückgespult werde: „Es kehrt sich gerade alles um.“ Menschen, die dem IS nicht feindlich gesinnt waren, würden jetzt vertrieben. Und Menschen, die mit dem Siegeszug des IS aus den Städten flüchteten, könnten jetzt eventuell zurückkommen: „Es liegt viel in der Luft.“

Quelle: Christliches Medienmagazin (pro)

IS: Auf der Flucht vor dem IS

Tausende Flüchtlinge leben unter unfassbaren sanitären Bedingungen

IGFM: Ohne größere Hilfe vor Ort sind noch mehr Menschen gezwungen, nach Europa weiter zu fliehen

Frankfurt am Main (18. November 2016) – Am 19. November wird international der „Welttoilettag“ der Vereinten Nationen begangen, um darauf hinzuweisen, dass Millionen Menschen in völlig unzureichenden sanitären Verhältnissen leben müssen. Aus diesem Anlass weist die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) darauf hin, dass viele Syrer und Iraker, die vor dem „Islamischen Staat“ fliehen mussten, heute in erdrückendem Elend ihr Leben fristen. Tausende lebten in Bauruinen, Rohbauten und sogar auf Friedhöfen ohne Toiletten und ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser.

Die Bilder von großen Flüchtlingslagern mit sauberen Zelten zeigten nicht das ganze Bild. Tausende Flüchtlinge hätten in diesen Lagern keinen Platz gefunden, erläutert die IGFM. Was ihre Mitarbeiter und Ehrenamtlichen bei den Hilfseinsätzen der IGFM sehen müssten, sei erschütternd. „Manche Familien leben seit über zwei Jahren in Kellerlöchern oder in halb fertigen Betongerippen, weil sie weder in einem Flüchtlingslager noch anderweitig eine andere Unterkunft finden können. Man kann sich nur schwer ausmalen, wie solche Verzweiflungsunterkünfte nach zwei Jahren aussehen“, erklärt der Sprecher des IGFM-Vorstands Martin Lessenthin.

„Fast alle wollen nach Europa“

Hunderttausende Flüchtlinge suchen in den Kurdengebieten Schutz. „Ihre kulturelle Vergangenheit und ihre Lebensgrundlage ist vom IS ausgelöscht worden. Fast alle der Flüchtlinge wollen nach Europa. Damit sie bleiben können, brauchen sie natürlich Sicherheit – aber eben auch ertragbare Lebensumstände und eine Perspektive“, so die IGFM.

In den Bergen Kurdistans ist der Winter kalt. Schnee und Matsch prägen dann die provisorischen, „wilden“ Lager. Wenn Menschen unter entwürdigenden Bedingungen ohne Zugang zu Wasser und Toiletten jeden Tag die Ausweglosigkeit ihrer Situation vor Augen haben, dann sei es nur natürlich, dass sie irgendwann ihre Hoffnungen auf ein neues Leben in Europa richten. „Diese Menschen brauchen jetzt Hilfe und nicht erst, nachdem sie sich auf den Weg nach Deutschland gemacht haben“, fordert die IGFM.

IS: Sklavinnen brauchen Hilfe

Frankfurt am Main (IGFM 24. November 2016) – Nach Auffassung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) sind die Fortschritte bei der Überwindung von Gewalt gegen Frauen beschämend. Viele der Frauen, die am furchtbarsten unter Gewalt gelitten haben, warten noch immer vergebens auf Hilfe: Die ehemaligen Sklavinnen des „Islamischen Staates“ (IS). Die IGFM appelliert anlässlich des Internationalen Tages zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November an die Länder und die Bundesregierung, eine Aufnahmeaktion für solche Mädchen und Frauen zu starten. Gegenwärtig leben etwa 800 von ihnen im kurdischen Nordirak. Rund 3.500, die noch immer von Islamisten versklavt werden, sind namentlich bekannt. Das Land Baden-Württemberg hat im Rahmen eines Sonderprogramms 1.100 solcher Frauen und Mädchen in Deutschland Schutz gegeben. Außerdem ihren Kindern – sofern sie Kinder haben und diese die Sklaverei überlebten. Auch Niedersachsen hat inzwischen 60 von ihnen aufgenommen. Die IGFM fordert die wirtschaftlich starken Bundesländer, vor allem Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen auf, dem Vorbild Baden-Württembergs zu folgen. „Diese Frauen und Mädchen sind schwerst traumatisiert, in ständiger Angst vor islamischen Extremisten und ohne Perspektive“, beklagt IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin. Das deutsche Asylrecht sei für Opfer schwerster Gewalt geschaffen worden. Gerade diesen Opfern sollte der Schutz nicht verweigert, sondern zeitnah gewährt werden.

Rechtfertigung von Gewalt an Frauen und „Ungläubigen“ nicht hinnehmen

Die IGFM kritisiert, dass die Ursachen für die Versklavung von jesidischen, aber auch christlichen und schiitischen Frauen und Mädchen zu wenig wahrgenommen würden. Hintergrund sei die wortwörtliche Auslegung von Teilen des islamischen Rechts, dass Frauen und insbesondere „ungläubige“ Frauen zu Menschen mit Rechten zweiter Klasse degradiere, so die IGFM. Der „Islamische Staat“ und die übrigen islamistischen Gruppen in Syrien und im Irak seien dabei nur die extremsten Beispiele. Der Kern des Problems liege im inzwischen verbreiteten islamischen Fundamentalismus, der menschenrechtsfeindliche Regelungen und „Gesetze“ auch heute noch eins zu eins umsetzen wolle. Ohne grundlegende Systemänderungen würden im Iran, Saudi-Arabien, in Pakistan und ähnlichen Staaten niemals die Rechte von Frauen geachtet.

Islamisches Familienrecht begünstigt häusliche Gewalt

„Solange Regierungen den bisherigen, traditionellen islamischen Ansichten im Zivil- oder Strafrecht den Status von Gesetzen einräumen, ist die Verwirklichung der Menschenrechte in diesen Ländern praktisch ausgeschlossen“, unterstreicht die IGFM. Viele islamisch geprägte Staaten verweigern z. B. die Einführung von Zivilehen. Das islamische Eherecht rechtfertige aber die „Züchtigung“ der Ehefrau und bringe Frauen zwangsläufig in ein Abhängigkeitsverhältnis, das häusliche Gewalt zusätzlich begünstige. Die Modernisierung islamischer Rechtsgrundsätze und eine Trennung von Staat und Religion seien dringend notwendig, so die IGFM weiter.

Islam: Religiöser Fundamentalismus ist verbreitet wie noch nie

Das katholische Hilfswerk „Kirche in Not“ warnt vor „islamistischem Hyper-Extremismus“

München (idea) – Der religiöse Fundamentalismus ist so verbreitet wie noch nie. Er tötet, zerstört und macht Menschen in einem nie dagewesenen Ausmaß heimatlos. Das geht aus dem „Bericht zur Religionsfreiheit weltweit 2016“ des katholischen Hilfswerks „Kirche in Not“ (München) hervor. Im Vergleich zum vorigen Bericht 2014 habe sich die Situation hinsichtlich der Religionsfreiheit in 14 Ländern – darunter Niger, Pakistan, Indonesien und Libyen – deutlich verschlechtert. Die Organisation warnt ferner vor einem „islamistischen Hyper-Extremismus“. Zu dessen zentralen Merkmalen gehörten systematische Versuche, alle andersdenkenden Gruppen zu verjagen, eine beispiellos grausame Behandlung der Opfer – etwa die Verbrennung von Menschen bei lebendigem Leibe, Kreuzigungen und das Herabstürzen von hohen Gebäuden –, ein globales Agieren und der effiziente Einsatz der sozialen Medien, um Anhänger zu rekrutieren. In den vergangenen zwei Jahren habe es in jedem fünften Land der Welt mindestens einen gewalttätigen islamistischen Anschlag gegeben: „In Teilen des Nahen Ostens, darunter in Syrien und im Irak, zerstört der Hyper-Extremismus jegliche religiöse Vielfalt.“ Dieselbe Gefahr drohe auch in Teilen Afrikas und Asiens. Laut dem Bericht sind es häufig nicht die Regierungen, die Schuld an religiöser Verfolgung tragen. In zwölf der 23 Länder mit den schwerwiegendsten Verstößen gegen die Religionsfreiheit seien „nichtstaatliche Akteure“ dafür verantwortlich. Laut dem Bericht ist die Religionsfreiheit nicht nur durch den militanten Islamismus bedroht, sondern es werde beispielsweise auch aus dem kommunistischen China über ein „erneutes hartes Durchgreifen“ gegen religiöse Gruppen berichtet. Es gebe aber ebenso erfreuliche Nachrichten: So hätten sich für religiöse Minderheiten in Bhutan, Ägypten und Katar in den vergangenen beiden Jahren die Möglichkeit verbessert, ihren Glauben zu leben.

Syrisch-katholischer Priester: Die Welt bewegt sich am Rande einer Katastrophe

Das Vorwort zum Bericht verfasste der syrisch-katholische Priester Jacques Mourad. Nach fünf Monaten in der Gefangenschaft der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) konnte er im Oktober 2015 fliehen. Er schreibt: „Unsere Welt bewegt sich am Rande einer vollendeten Katastrophe. Der Extremismus droht, alle Spuren von Vielfalt in der Gesellschaft zu vernichten.“ Er wolle sich aber trotz seiner Gefangenschaft beim IS für Religionsfreiheit und den Aufbau von Verständnis zwischen Christen und Muslimen einsetzen. Es müsse möglich sein, leidenschaftlich an die eigenen religiösen Überzeugungen zu glauben und zugleich das Recht anderer Menschen zu respektieren, „ihre eigene Antwort auf die Liebe Gottes zu leben“. Der Bericht zur Religionsfreiheit erscheint alle zwei Jahre. Er berücksichtigt Glaubensgemeinschaften in 196 Ländern und wird in sieben Sprachen veröffentlicht.

Myanmar: Ehemalige Kindersoldaten

Rückkehr zur Normalität ist nicht einfach

Rangoon (Fides) Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen UNICEF setzt das Rehabilitationsprogramm für ehemalige Kindersoldaten der birmanischen Armee fort. Die genaue Zahl der Kinder, die in den Reihen der Armee kämpfen mussten ist nicht bekannt. Nach Angaben der Vereinten Nationen rekrutieren auch die seit Jahrzehnten im Land aktiven bewaffneten Gruppen Kindersoldaten. Im Rahmen des Rehabilitationsprogramms wurden seit 2012 insgesamt 800 ehemalige Kindersoldaten betreut. Die Rückkehr zu einem normalen Leben ist für diese Minderjährigen jedoch trotz der Bildungs- und Hilfsprogramme nicht einfach. Die meisten stammen aus Familien in ländlichen Gebieten, die auf der Flucht vor der Armut mit ihren Eltern nach Rangoon oder Mandalay umsiedelten, wo sie mit erpresserischen Methoden oder durch den Einsatz von Drogen rekrutiert wurden. Nach Ansicht der Experten werden auch heute noch Kindersoldaten auf diese Weise rekrutiert. Unterdessen rekrutiert die birmanische Armee nach Angaben der internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen ILO ihre Soldaten unter besonders schwachen Bevölkerungsgruppen.
(AP) (Fides 21/11/2016)

Naher Osten: Christen werden systematisch vertrieben

Ein CSI Team besuchte die russisch-orthodoxe Kircher in Moskau - Ein Bericht von Adrian Hartmann

(CSI) Im Oktober 2016 reiste ein CSI-Team für Gespräche mit Vertretern der russisch-orthodoxen Kirche und der russischen Regierung nach Moskau. Thema war der Nahe Osten, insbesondere die Situation der Christen. Unsere Gesprächspartner äußerten sich alle im Sinne von Metropolit Hilarions düsterer Beurteilung (er ist Leiter des Außenamtes der russisch-orthodoxen Kirche): «Der ganze Nahe Osten ist vom zerstörerischen Terrorismus angesteckt. Christen werden systematisch vertrieben. Gegen sie läuft ein Genozid.» Botschafter Konstantin Dolgov vom russischen Aussenministerium sagte: «Wir brauchen eine internationale Koalition für die Christen im Nahen Osten.»

CSI versucht, in der Schweiz, den USA, Deutschland und Frankreich eine solche Koalition anzustoßen. Wir hoffen sehr, dass der gefährliche Rückfall der USA und Russlands in einen neuen Kalten Krieg eine Ost-West-Kooperation zugunsten der existenziell bedrohten Christen und anderen religiösen Minderheiten im Nahen Osten nicht verhindert.

Nigeria: Entführt, verheiratet und zur Konversion gezwungen

(Open Doors, Kelkheim) – Während in Deutschland aktuell über die Anerkennung von Kinderehen unter Flüchtlingen diskutiert wird, ist die Verheiratung Minderjähriger im Norden Nigerias schon seit längerer Zeit ein Thema von politischer Brisanz. Vertreter der Christian Association of Nigeria (der größten überkonfessionellen Vereinigung nigerianischer Christen im Norden des Landes; CAN) warnten den Präsidenten Buhari bei einem Besuch Anfang November davor, dass die gegenwärtige Entwicklung zu einer ernsthaften Krise führen könne, wenn nichts dagegen unternommen werde. Als Beispiel verwiesen sie auf die Entführung und Zwangsverheiratung eines christlichen Schulmädchens im Sommer dieses Jahres.

Die 14-jährige Habiba Isiyaku aus dem Dorf Wawar Kaza im muslimisch dominierten Bundesstaat Katsina war am 16. August entführt worden, als sie von der Schule nach Hause ging. Anschließend wurde sie mit einem ihrer Entführer, Jamilu Lawal, verheiratet. Lawal ist ein Mitarbeiter des Emirs von Katsina, Alhaji Abdulmumuni Usman, welcher die erzwungene Eheschließung unterstützt hat.

Keine Gerechtigkeit für christliche Familien

Habibas Vater, Isiyaku Tanko, sprach in einer Fernsehsendung über das Geschehene und rief die Behörden und alle ihm wohlgesinnten Nigerianer dazu auf, ihn dabei zu unterstützen, auf die Freilassung seiner Tochter hinzuwirken. Er erzählte, dass die örtliche Polizei ein Treffen mit den Entführern und Habiba organisiert hatte, in dem der Polizeikommissar zwar die Tat verurteilte, aber daraus keine Konsequenzen zog. Die Schuldigen wurden nicht verhaftet und Habiba wieder in den Palast des Emirs zurückgebracht. Als Tanko dort direkt vorsprach, wurde ihm gesagt, dass seine Tochter zum Islam konvertiert sei und somit nichts mehr mit ihm zu tun habe. Der Emir beschuldigte Tanko, ihn bei der Polizei verleumdet zu haben, und der Christ wurde gezwungen, eine vorverfasste Entschuldigungserklärung zu unterschreiben.

Der Polizeipräsident von Katsina bestätigte den Fall zwar, gab aber an, dass die Ermittlungen ergeben hätten, dass Jamilu Lawal sich keines Verbrechens schuldig gemacht habe. Er behauptete, Habiba sei nicht entführt worden, sondern habe ihr Elternhaus freiwillig verlassen und sei aus eigener Entscheidung Muslima geworden.

Der Sprecher der CAN in Katsina, Pastor Nelson Onyekachukwu, teilte World Watch Monitor mit, dass er bereits eine Abordnung offizieller Vertreter der CAN zum Palast des Emirs geschickt und alles versucht habe, um die Freilassung von Habiba Isiyaku zu erwirken. „Das Mädchen ist 14 Jahre alt. Sie sollte zur Schule gehen. Wir fordern Gerechtigkeit. Man kann kein Kind ohne die Zustimmung seiner Eltern verheiraten.“ Doch alle Bemühungen seien fruchtlos gewesen.

„Es ist eine beklagenswerte Situation, was hier im Norden geschieht“

Der Generalsekretär der CAN, Pastor Musa Asake, warf der Regierung und den Vollzugsbehörden vor, nicht genug für die Lösung des Problems zu tun. Er wies außerdem darauf hin, dass es sich bei der Geschichte von Habiba keineswegs um einen Einzelfall handele: „Es ist eine beklagenswerte Situation, was hier im Norden geschieht“, sagte er. „Unsere christlichen Mädchen werden entführt, aber es wird nichts dagegen unternommen.“ Wenn Christen so etwas muslimischen Mädchen antäten, könnte das dazu führen, dass Menschen verbrannt würden, äußerte Asake zudem.

Nachdem um das Jahr 2000 in 12 nördlichen Bundesstaaten die Scharia eingeführt wurde, stehen die Christen dort noch stärker unter Druck. Durch eine Lücke in der Verfassung ist die Verheiratung Minderjähriger unter der Scharia möglich, auch wenn diese offiziell nur für Muslime gilt. [Nigeria](#) nimmt auf dem Weltverfolgungsindex von Open Doors aktuell Rang 12 unter den Ländern ein, in denen Christen weltweit am härtesten verfolgt werden.

Quellen: World Watch Monitor, Open Doors

Bitte beten Sie für die Christen in Nigeria!

- **Beten Sie für Habiba, dass Jesus ihr beisteht und sie bald wieder zu ihrer Familie zurückkehren kann.**

- **Bitten Sie Gott um Schutz für die christlichen Mädchen und um Weisheit für alle kirchlichen und politischen Verantwortungsträger, um Entführungen, Zwangsheirat und -islamisierung entgegenzuwirken.**
- **Beten Sie für ein friedliches Zusammenleben zwischen Christen und Muslimen im Norden des Landes.**

Nigeria: Kein Ende in Sicht

(AKREF) In sechs Jahren Bürgerkrieg sind mehr als 20.000 Menschen dem Terror Boko Harams und der brutalen Kriegsführung der Sicherheitskräfte zum Opfer gefallen. Mindestens 2,6 Millionen Zivilisten sind vor dem Terror geflohen. Diese Zahlen veröffentlichte heute die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV). Auch wenn Bolko Haram teilweise als geschwächt erscheint, sollte nicht vorschnell ihre Zerschlagung verkündigt werden. „Der Terror der islamistischen Kämpfer hält auf hohem Niveau noch immer an“, berichtete der GfbV-Afrikareferent Ulrich Delius in Göttingen, dem Sitz der GfbV. Mit dem baldigen Verschwinden der Terrorgruppe sei nicht zu rechnen. So wurden in den ersten drei Wochen des Monats November 20 Terrorangriffe verübt, bei denen 135 Menschen getötet wurden. Im Vormonat Oktober waren es 22 Überfälle, im September 24 und im August 12. Somit haben Boko-Haram-Kämpfer seit August 2016 mindestens 78 Terrorattacken verübt. Im Bericht der GfbV heißt es weiter: Am Sonntag bei Schusswechseln zwischen Boko Haram und der Armee starben mindestens elf Menschen und neun Personen wurden verletzt. Am Freitag vergangener Woche kamen bei drei Anschlägen von Selbstmordattentätern sechs Menschen zu Tode. Zuvor waren am Montag und Dienstag fünf Dörfer überfallen und mindestens 22 Personen getötet worden.

Richtete sich der Terror lange Zeit vor allem gegen die Zivilbevölkerung, so scheinen nun auch die Armee und andere staatliche Sicherheitskräfte Ziel der Attacken zu sein. Besonders sind immer wieder die Christen Opfer des Terrors.

Pakistan: Fünf Muslime für Mord an Christen zum Tode verurteilt

Ein Ehepaar war 2014 bei lebendigem Leib verbrannt worden

Lahore (idea) – In Pakistan sind fünf Muslime zum Tode verurteilt worden, die an der Ermordung eines christlichen Ehepaares 2014 beteiligt gewesen sein sollen. Ein Antiterrorgericht in Lahore befand sie schuldig, Teil eines Mobs gewesen zu sein, der den damals 30-jährigen Shahzad Masih und seine im fünften Monat schwangere Frau Shama Bibi (26) bei lebendigem Leibe verbrannt hatte. Das Paar hatte auf einer öffentlichen Müllhalde den Nachlass eines verstorbenen Verwandten in einem Ziegelofen entsorgt. Zeugen wollen gesehen haben, dass die beiden dabei angeblich auch einen Koran in Brand setzten. Daraufhin hatte sich eine wütende Gruppe aus mehr als 1.000 Personen gebildet. Zunächst sollen sie das Ehepaar geschlagen und schließlich bei lebendigem Leibe in den Ziegelofen gestoßen haben. Der pakistanische Ministerpräsident Nawaz Sharif hatte damals erklärt, dass man bei der Bestrafung wegen des „unzumutbaren Verbrechens“ keine Gnade zeigen werde: „Ein verantwortungsvoller Staat kann nicht die Herrschaft des Mobs und öffentliche Lynchjustiz durch Straflosigkeit tolerieren.“ Mehr als 100 Tatverdächtige wurden festgenommen. Die Richter in der über rund sieben Millionen Einwohner zählenden Stadt Lahore verurteilten die fünf Angeklagten zum Tode durch den Strang. Wann das Urteil vollstreckt werden soll, wurde nicht bekanntgegeben. Acht weitere Verdächtige bekamen jeweils zwei Jahre Gefängnis, 90 Männer wurden freigesprochen. Die Familien der Opfer zeigten sich enttäuscht, dass die meisten Angeklagten trotz der Schwere der Tat keine Strafe erhalten hätten. Von den 174 Millionen Einwohnern Pakistans sind etwa 95 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen sowie zwei Prozent Hindus.

Pakistan: Christliche Sender verbannt

Pakistan hat elf christlichen TV-Stationen vom Bildschirm verbannt. Das meldet das Online-Portal der Christian Post

(pro) Die zuständige Regulierungsbehörde in Pakistan hat verboten, christliche Inhalte zu senden. Christliche Botschaften soll es in Zukunft nur noch an Weihnachten und Ostern geben. In Pakistan leben circa 2,8 Millionen Christen, die die christlichen Sender 25 Jahre [nutzen konnten](#). Die Regulierungsbehörde hat die christlichen Kanäle für illegal erachtet und wird gegen Anbieter hart vorgehen, die sich dem widersetzen. Mindestens sechs Kanäle haben ihre Arbeit laut Christian Post bereits gestoppt. Dazu gehören der älteste christliche Sender Isaac TV und Catholic TV. Bis auf zwei Sender arbeiten alle von außerhalb Pakistans.

„Uns steht eine schwierige Zeit bevor“

Der Gründer von Chatholic TV, Morris Jalal, sieht die Zukunft kritisch: „Es ist eine sehr schwierige Zeit für uns. Wir wollen eigentlich nur unsere eigene Zielgruppe erreichen, die von den übrigen Sendern ignoriert werden.“ Gegenüber dem britischen Daily Express sagte er: „Als Bürger des Landes haben die Christen das Recht ihre Religion auszuüben.“ Es sei problematisch, wenn das nicht gewährleistet werde: „Wenn jemand das fundamentale Recht der Glaubensfreiheit verbannt, ist das Christenverfolgung.“

Saleem Iqbal, Geschäftsführer von Isaac TV, hofft, dass die Christen in Pakistan ihre Inhalte über das Internet schauen können: „Wir können die Menschen nur darum bitten, uns weiter im Internet zu schauen“, sagte er „AsiaNews“. „Viele Menschen sind leidenschaftliche Nutzer unseres Kanals, der von Hong Kong aus ausgestrahlt wird. Die Verbannung wird uns nicht stoppen“, hofft er.

Der asiatische Staat Pakistan ist ganz eng mit der Geschichte von **Asia Bibi** verbunden. Sie war 2010 nach einem Streit mit muslimischen Nachbarinnen wegen Blasphemie angezeigt worden, weil sie Mohammed beleidigt haben soll. Die Mutter von fünf Kindern hat stets ihre Unschuld beteuert.

Quelle: Christliches Medienmagazin (pro)

Sudan: Zwei Pastoren droht die Todesstrafe

Update: 22. November 2016

Das Verfahren wurde am 21. November wie geplant fortgesetzt – der Staatsanwalt konnte aber nur die bereits vorgebrachten Anschuldigungen wiederholen. Er warf dem mitangeklagten Tschechen Petr Jasek und den drei Sudanesen erneut vor, Rebellengruppen unterstützt zu haben. Außerdem beschuldigte er sie, den Sudan schlecht darzustellen, „als wäre der Staat gegen Christen“. Zudem sagte der Staatsanwalt, Pastor Kuwa hätte gelogen, als er sagte, die Regierung habe seine Kirche zerstört. Laut Quellen dauerte die Verhandlung mehr als zweieinhalb Stunden. Die Pastoren hoffen, dass ihr Anwalt in der nächsten Anhörung, dessen Termin noch nicht angesetzt ist, wieder zu ihrer Verteidigung sprechen darf.

Update: 16. November 2016

Am 14. November fand der nächste Gerichtstermin für die angeklagten Männer statt. Der Staatsanwalt konnte jedoch keine neuen Beweise vorbringen und bat den Richter um mehr Zeit, um mehr Beweise sammeln zu können. Der Richter gab dem Staatsanwalt Zeit bis zur nächsten Anhörung, die für Montag, den 21. November, angesetzt ist.

Update: 8. November 2016

In der jüngsten Gerichtsverhandlung konnte der Anwalt von Pastor Hassan, Pastor Kuwa und den beiden anderen Angeklagten ihre Verteidigung beginnen. Beobachter sind vorsichtig optimistisch – noch ist aber nicht genau abzusehen, in welche Richtung sich der Prozess entwickeln wird. Die nächste Anhörung ist für den 14. November angesetzt.

Ursprüngliche Nachricht – 28. Oktober 2016

(Open Doors, Kelkheim) – Der Prozess gegen die beiden Pastoren [Hassan Abduraheem Kodi Taour und Kuwa Shamal](#) in der sudanesischen Hauptstadt Khartum wurde bei der letzten Verhandlung am 24. Oktober erneut verschoben und findet nun am 31. Oktober statt. Ihnen werden unter anderem Spionage und Unterstützung von Rebellen vorgeworfen. Angeklagt sind auch der Student Abdulmonem Abdulmawla Issa Abdumawla sowie Petr Jasek, ein tschechischer Entwicklungshelfer.

Staatsanwalt fordert Höchststrafe

Zu den Anschuldigungen gehören neben den bereits genannten auch Krieg gegen den Staat, Spionage und Verbreitung von Falschinformationen. Einige der Verbrechen, die den Angeklagten vorgeworfen werden, können mit der Todesstrafe belegt werden. Der Staatsanwalt forderte am 29. August in seinem Plädoyer bereits die Höchststrafe. Als Beweismaterial legte die Staatsanwaltschaft Fotografien vor, die die Angeklagten neben zerstörten Gebäuden in den Nuba-Bergen zeigen. Auf den Bildern sind außerdem Mitglieder einer Rebellengruppe sowie Angehörige einer US-amerikanischen Hilfsorganisation zu sehen, die medizinische Nothilfe in Kriegsgebieten leistet. Der Richter, Osama Ahmed Abdallah, erklärte, die Bilder unterstrichen, dass Jasek 2012 mit dem Team der Hilfsorganisation in den Nuba-Bergen gewesen sei. Allen Angeklagten wird zur Last gelegt, die sudanesischen Regierung für die Bombardierungen der Gebäude verantwortlich zu machen.



Die 2 Pastoren Kuwa Shamal (links) und Hassan Taour (rechts)

Widerrechtlich über Monate festgehalten

Pastor Taour befindet sich bereits seit Dezember 2015 in Haft, obwohl nach sudanesischem Recht ein Verdächtiger spätestens nach 45 Tagen vor Gericht gestellt oder freigelassen werden muss. Auch Pastor Shamal wurde über viele Monate widerrechtlich festgehalten. Beide Pastoren haben inzwischen gesundheitliche Probleme. In einem ähnlichen Fall waren die beiden Pastoren Michael Yat und Peter Yen aus dem Südsudan nach monatelanger Haft im August 2015 auf internationalen Druck hin freigelassen worden. Allgemein werden Christen im Sudan zunehmend bedrängt: So wurden beispielsweise im Oktober drei Pastoren und drei weitere Christen verhaftet, die sich geweigert hatten, eine bislang von ihrer Kirche unterhaltene Schule an die staatlichen Behörden zu übergeben, und gegen Kautions wieder entlassen. Zudem erhielten fünf Gemeinden in Khartoum eine Benachrichtigung, dass ihre Gebäude demnächst abgerissen würden.

Auf dem Weltverfolgungsindex von Open Doors nimmt der Sudan aktuell Platz 8 unter den Ländern ein, in denen Christen weltweit wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

Quellen: Open Doors, World Watch Monitor

Bitte beten sie für die Christen im Sudan!

- **Danken Sie für die Christen im Sudan, die trotz massiver Bedrängung an ihrem Glauben festhalten und ihren Dienst fortführen.**
- **Beten Sie um ein faires Gerichtsverfahren und dafür, dass Hassan, Kuwa, Abdulmonem und Petr freigesprochen werden**
- **Beten Sie dafür, dass Jesus die Christen im Sudan schützt und im Glauben stärkt.**
- **Beten Sie um Gunst für die Christen bei den Behörden und der Regierung.**

Syrien: Westliche Medien stellen Bürgerkrieg einseitig dar

Christlicher Arzt berichtet aus der Hölle von Aleppo

Korntal (idea) – Westliche Medien berichten einseitig über den Bürgerkrieg in Syrien. Diesen Vorwurf hat der syrische Arzt Jany Haddad (Aleppo) bei einem Vortrag in Korntal bei Stuttgart erhoben. Nach seinen Worten wird der syrische Präsident Baschar al-Assad als Mörder hingestellt, die Rebellen als Opfer. Assad setze sich aber für die Christen ein und bekämpfe die islamischen Rebellengruppen mit Hilfe Russlands. Diese Kämpfer stammten bis zu 80 Prozent aus Ländern wie England, Frankreich, Kanada, Tschetschenien, Tunesien und Afghanistan. Allein 500 seien aus Belgien gekommen. Haddad warf den genannten Ländern vor, diese Kämpfer nicht mehr aufzunehmen, nachdem sie von Assads Soldaten gefangen genommen wurden. Er beklagte auch, dass Rebellen Nahrungsmittel beschlagnahmten, die von der Regierung in den belagerten Osten Aleppos geschickt wurden. Sie verkauften diese bis zum fünfzigfachen Preis an die notleidende Bevölkerung.

Aleppo eine „Stadt des Todes“

Wie Haddad ferner sagte, gibt es keinen friedlichen und moderaten Islam. Jeder Muslim könne aufgrund seines Glaubens zum Terroristen werden. In jedem stecke ein potenzieller Kämpfer der Terrororganisation „Islamischer Staat“. Immer wieder komme es zu unvorstellbaren Gräueltaten durch Rebellen, indem sie Christen kreuzigten, die sich weigerten, zum Islam überzutreten. Aleppo sei zu einer „Stadt des Todes“ geworden. Lebten vor dem Bürgerkrieg rund sechs Millionen Menschen in der Metropole und ihrer näheren Umgebung, seien es heute nur noch 1,8 Millionen. Es gebe kaum funktionierende Krankenhäuser und wenige Ärzte. Haddad zufolge können außerdem drei Millionen syrische Kinder keine Schulen besuchen, da sie von Rebellen zerstört, von Flüchtlingen belegt seien oder aufgrund fehlender Transportmittel nicht erreicht werden könnten. Dem Bürgerkrieg seien bislang rund 500.000 Menschen zum Opfer gefallen, 12,1 Millionen Syrier lebten als Flüchtlinge im eigenen Land, 7,5 Millionen seien ins Ausland geflohen. Vor dem Krieg hätten in Aleppo 400.000 Christen gelebt, heute seien es nur noch knapp 40.000.

Syrische Christen helfen einander über Konfessionsgrenzen hinweg

Haddad, der auch Pastor einer baptistischen Gemeinde ist, berichtete, wie Christen über Konfessionsgrenzen hinweg einander helfen: „Die Kirche lebt trotz des Bürgerkriegs.“ So unterstützten Christen traumatisierte Kinder, Witwen und Waisen. Gemeinsam habe das christliche Hilfskomitee 37 Brunnen bei Kirchen, Gemeindehäusern und Schulen gebohrt. Dadurch erhielten 400.000 Menschen frisches Wasser. Rund 5.000 Familien bekämen außerdem monatlich Essenspakete. In der St.-Lukas-Klinik arbeiten rund 30 Fachärzte ehrenamtlich mit. Für umgerechnet einen Euro erhielten die Patienten eine umfassende Untersuchung. Haddad rief die Besucher dazu auf, **für verfolgte Christen zu beten**: „Seid Fürsprecher vor dem Herrn! Setzt euch für die verfolgten Christen bei euren Politikern ein! Erhebt eure Stimme für die, die keine Stimme haben!“

Türkei: Erdogans "Säuberungsmaßnahmen"

Im Rahmen der "Säuberungsmaßnahmen" wurde die erste christliche Bürgermeisterin ihres Amtes enthoben

Mardin (Fides) – In den politischen Institutionen und Organisationen der Türkei kommt es zu weiteren Säuberungsmaßnahmen der Regierung gegen Mitarbeiter und Beamte, die verdächtigt werden, mit der Gülen-Bewegung in Verbindung zu stehen. Der im Exil in den USA lebende türkische islamische Prediger wird von der Regierung in Ankara für den gescheiterten Putschversuch vom 15. Juli verantwortliche gemacht. Dasselbe gilt für Personen, die mit der kurdischen Arbeiterpartei PKK in Verbindung stehen. Von den Säuberungsmaßnahmen ist auch Februniye Akyol betroffen, die als erste syrische Christin in der Türkei in das Amt des zweiten Bürgermeisters der Stadt Mardin gewählt wurde. Sowohl sie als auch der kurdische Amtskollege Ahmet Turk wurden ihres gemeinsamen Amtes enthoben, das nun „kommissarisch“ von einem Beauftragten der Regierung geführt wird.

Bei der Wahl am 30. März 2014, bei der die Partei des damaligen Premierministers Erdogan bestätigt wurde, hatten in verschiedenen Städten auch Frauen für das Amt des Bürgermeisters kandidiert. In der im Südosten der Türkei an der Grenze zu Syrien gelegenen Stadt Mardin hatte der bewährte Politiker Ahmet Türk die Wahl gewonnen. In das Amt des zweiten Bürgermeisters wurde die junge syrische Christin Februniye Akyol Benno gewählt, die damals erst 25 Jahre alt war, und als erste getaufte Christin ein solches Amt innehatte. Akyol Benno machte zum Zeitpunkt ihrer Wahl ein Masterstudium für syrische Sprache und Kultur an der Fakultät für Sprachen der Universität Artuklu in Mardin. In ihren Interviews hatte die junge Wissenschaftlerin erklärt, sie werde sich für eine Reduzierung der Umweltverschmutzung einsetzen und häusliche Gewalt gegen Frauen in der vom Patriarchat geprägten Region bekämpfen.

Bisher wurden insgesamt 30 Bürgermeister ihres Amtes enthoben, die durch "kommissarischen Beauftragten" (so genannten "Qayyum") ersetzt werden. Betroffen sind besonders viele Städte im Südosten der Türkei. (GV) (Fides 18/11/2016)

idea schreibt dazu:

Aramäer: Es droht der letzte Akt der Entchristianisierung

Heidelberg (idea) – In der Türkei ist die einzige christliche Oberbürgermeisterin ihres Amtes enthoben worden. Das berichtet der Bundesverband der Aramäer in Deutschland (Heidelberg). Die Aramäerin Februniye Akyol hatte die 82.000-Einwohner-Stadt Mardin im Südosten des Landes seit 2014 gleichberechtigt mit dem Kurden Ahmet Türk regiert. Am 17. November wurden beide nach Angaben des Bundesverbandes abgesetzt. Dessen Vorsitzender, Daniyel Demir, bezeichnete die Amtsenthebung als ein „unmissverständliches Zeichen“. Die Aramäer seien unerwünscht: „Wir fordern die Bundesregierung endlich zum Handeln auf, andernfalls werden wir stummer Zeuge des letzten Aktes der Entchristianisierung in diesem Land.“ Mardin ist die Provinzhauptstadt der Region Tur Abdin – Berg der Gottesknechte – in Südostanatolien. Die Region ist die Heimat der Aramäer. Sie werden in der Türkei nicht als Minderheit anerkannt. Die meisten haben deswegen ihre historische Heimat am Tigris mittlerweile verlassen und leben in Europa. In Deutschland haben sich nach Angaben des Bundesverbandes der Aramäer rund 150.000 Aramäer niedergelassen, in der EU insgesamt bis zu 400.000. Im Tur Abdin leben nur noch etwa 2.500. Die Aramäer – sie sprechen die Sprache Jesu – sind geistlich in der Syrisch-Orthodoxen, Syrisch-Katholischen, Syrisch-Maronitischen, Syrisch-Chaldäischen und der Apostolischen Kirche des Ostens beheimatet. Seit dem gescheiterten Putsch im Juli 2016 geht die türkische Führung hart gegen mutmaßliche Kritiker vor. Insgesamt wurden mehr als 37.000 Personen festgenommen. 100.000 Justiz- und Verwaltungsangestellte sowie Polizisten und Soldaten wurden suspendiert oder entlassen und mehr als 150 Medien verboten. Die Türkei hat rund 79 Millionen Einwohner, von denen 99 Prozent Muslime sind. Die Zahl der Christen liegt bei 160.000, darunter 7.000 Protestanten.

USA: Strom der Migranten reißt nicht ab

San Diego (Fides) – Der Strom von unbegleiteten Minderjährigen und Familien, die aus Mexiko, Guatemala, Honduras und El Salvador auf der Flucht vor Armut in die Vereinigten Staaten auswandern, reißt nicht ab. Dies bekräftigt die US-amerikanische Zoll- und Grenzschutzbehörde (CBP). An der Grenze zwischen den Vereinigten Staaten finden Hunderte Menschen in einer Art Niemandsland mit Temperaturen von bis zu 50 Grad den Tod auf der Suche nach einem Ort, wo sie ein würdiges Leben führen und ihre Familien ernähren können. Die US-Behörde teilt mit, dass “es ein sehr heißer Sommer war und die Temperaturen nicht sinken”. Unterdessen lässt die Zahl der an der Grenze verhafteten Minderjährigen ohne Begleitung eine humanitäre Krise befürchten, wie sie bereits 2014 herrschte. In den vergangenen drei Jahren kamen an der Grenze zwischen Texas und Mexiko so viele Migranten aus Mittelamerika an, wie noch nie zuvor.

(AP) (Fides 18/11/2016)

Usbekistan: Auf Bewährung entlassen

AKREFJJ/ 18.11.2016 Aus den Forum 18 Nachrichten der Woche entnehme ich, schreibt uns unser AKREF Übersetzer aus Österreich, dass der **Baptist Tohar Haydarov** aus Usbekistan nach Verbüßung von 6 Jahren und 10 Monaten seiner Haftzeit (10 Jahre wegen angeblicher Drogendelikte, seine Freunde und Glaubensgeschwister haben versichert, dass er garantiert weder Alkohol noch Drogen konsumiert) auf Bewährung entlassen. Noch Anfang des Jahres war ihm mitgeteilt worden, dass er bei keiner Amnestie berücksichtigt würde. Doch der Herr hat die Kerkertüren geöffnet.

AKREF UCN: Aus dem Archiv von AKREF- Nachrichten habe ich nachstehenden Artikel herausgesucht, der über den Vorgang der Verhaftung des Baptisten Tohar Haydarov informiert. Es ist unglaublich, dass Tohar Haydarov fast elf Jahre unschuldig weggesperrt wurde. Wir danken Gott, dass er nun endlich frei ist.

AKREF/JJ - 15.02.2010 - In Usbekistan werden unverändert Menschen wegen religiöser Betätigung ohne staatliche Registrierung bestraft. Der 28-jährige **Baptist Tohar Haydarov** wurde am **18. Januar 2010** in der zentralusbekischen Region Syrdarya verhaftet, zu einer Polizeistation gebracht und unter Drohungen aufgefordert, seinem Glauben abzuschwören. Ihm droht nun eine Anklage wegen Herstellung oder Besitz von Drogen. Dafür drohen ihm im Falle einer Verurteilung bis zu 5 Jahre Haft.

Die Glaubensgeschwister Haydarovs sind davon überzeugt, dass die Polizei die Zündholzschachtel mit Drogen, die in seiner Manteltasche gefunden wurde, dorthin geschmuggelt hat. Ebenso wie eine Tüte mit Marihuana, die danach im Badezimmer seiner Wohnung „entdeckt“ wurde, als man seine Wohnung in seiner Abwesenheit durchsuchte. Die Baptisten, die Haydarov kurz im Gerichtsgebäude gesehen haben, als er von der Polizei dem Haftrichter vorgeführt wurde, berichten: „Tohar hat uns gesagt, dass er von der Polizei geschlagen und gezwungen wurde, verschiedene Papiere zu unterschreiben. Sein Gesicht war angeschwollen, er wirkte erschöpft und konnte kaum gehen. Er konnte sich nicht einmal erinnern, was auf diesen Papieren stand.“ Die Behörden behaupten, dass dies Lügen seien.

Auch Baptisten aus Taschkent, die Tohar Haydarov kennen, sind von seiner Unschuld überzeugt: „Er raucht nicht, und nimmt schon gar keine Drogen“. Mitglieder seiner Baptistengemeinde, zehn Nachbarn und Arbeitskollegen haben Petitionen für seine Freilassung geschrieben, da sie ihn für einen „unschuldigen und guten Mann“ halten.

Auch in der Stadt Almalyk in der Region Taschkent droht den örtlichen nicht registrierten Baptisten ein Strafverfahren. Am 24. Januar stürmte die Stadtpolizei die Wohnung des Gemeindemitglieds Sergej Brislavski, während er mit achtzehn anderen Baptisten Gemeinschaft hatte und Tee trank. Bei dieser Aktion brach die Polizei sowohl eine hölzerne als auch eine eiserne Tür auf, um in die Wohnung zu gelangen. Alle neunzehn Anwesenden wurden zur Polizeistation gebracht. Dabei wurden Sergejs Ehefrau Olga Brislavskaya, Azamat Nazarov und Lola Mamalova an den Armen gezerrt und gleichzeitig geschlagen. Im Bericht des Gerichtsarztes werden Blutergüsse im Bereich der Schultern und des Nackens erwähnt. Nach dem Abtransport der Verhafteten wurde die Wohnung in Abwesenheit Brislavskis durchsucht. Bibeln, christliche Liederbücher und CDs wurden konfisziert. Die Baptisten von Almalyk vermuten, dass jetzt ein Strafverfahren wegen Artikel 216-2 des Strafgesetzbuches („Verstoß gegen das Religionsgesetz“) gegen einige von ihnen vorbereitet wird.

Quelle: Forum 18 News Service, Oslo

Übersetzung: AK Religionsfreiheit der Evangelischen Allianz

Weltweit: Terror: 577 Todesopfer 2015 im Westen

„Globaler Terrorismus-Index“: IS und Boko Haram breiten sich immer stärker aus

New York (idea) – In der westlichen Welt kamen im vergangenen Jahr bei Terroranschlägen 577 Menschen ums Leben. 2014 waren es 77. Das entspricht einem Zuwachs von 650 Prozent. Die meisten Opfer starben bei Attentaten in Paris, Brüssel und Ankara. Sie gehörten zu den „verheerendsten“ Anschlägen, die diese Länder je erlebt hätten. Das geht aus dem „Globalen Terrorismus-Index“ hervor, den das Institut für Wirtschaft und Frieden (New York) veröffentlicht hat. Dank des teils massiven militärischen Einsatzes gegen terroristische islamische Gruppierungen wie den „Islamischen Staat“ (IS) im Irak oder Boko Haram (Westliche Bildung ist Sünde) in Nigeria sei die Zahl der Terroropfer weltweit erstmals seit sechs Jahren zurückgegangen. So kamen 2015 dem Papier zufolge 3.389 weniger Menschen bei Terroranschlägen ums Leben als im Jahr zuvor. Dennoch lag die Zahl der Terrortoten bei 29.376. Während es dem Militär gelungen sei, den IS und Boko Haram in ihren angestammten Gebieten zu schwächen, hätten beide Gruppierungen ihre Angriffe stattdessen in andere Regionen verlegt. Der IS habe den Terror nicht nur auf weitere Länder im Nahen Osten ausgedehnt, sondern ihn vor allem nach Europa getragen. Boko Haram operiere nun zunehmend auch in Ländern wie Kamerun, Niger oder dem Tschad. In diesen drei Staaten sei die Zahl der Terroropfer im vergangenen Jahr um 157 Prozent angestiegen. Dem Report zufolge waren der IS und seine Verbündeten 2015 in 28 Ländern aktiv; in 15 von ihnen erstmals. 23 Nationen beklagten im vergangenen Jahr die höchsten Raten an Terroropfern überhaupt.

ZAR: Zu viele Waffen im Umlauf

Waffen aus dem ivoirischen Bürgerkrieg gefährden die Stabilität in Zentralafrika

Bangui (Fides) – Die Krise in der Zentralafrikanischen Republik hat gezeigt, dass nicht nur Waffen aus dem Bürgerkrieg in Libyen die Konflikte in den afrikanischen Ländern südlich der Sahara befeuern, sondern auch illegale Waffen auf anderen Krisengebieten, darunter Mali und Cote d'Ivoire (Elfenbeinküste) im Umlauf sind. Dies geht aus einem Bericht der englischen Forschungseinrichtung Conflict Armement Research (CAR) hervor. Nach einer langen politischen und militärischen Krise in Cote d'Ivoire (2002-2011) sind in Westafrika immer noch viele Leichtwaffen im Umlauf, die den Guerillabewegungen gehörten, die im Nordwesten des Landes aktiv waren. Ein Teil der Bestände aus diesen Arsenalen werden illegal von Westafrika in die Sahel-Zone verkauft. Dies zeigt, wie wichtig es ist nach Ende von Konflikten, die kämpfenden Parteien zu entwaffnen. Dem Bericht liegen Untersuchungen vor Ort zugrunde, bei denen die Seriennummern von Waffen und Munition der irregulären Einheiten festgestellt wurden. Der Bericht erinnert auch an die Rolle des Sudan, wo es Waffen- und Munitionsfabriken gibt, die die Länder südlich der Sahara beliefern. (L.M.) (Fides 22/11/2016)

Disclaimer: Die Deutsche Evangelische Allianz und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von DEA oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF-Nachrichten unterstützen möchten, können Sie gerne eine Spende richten an:

Deutsche Evangelische Allianz
Konto Nr. 416800 EKK, BLZ 520 604 10
Verwendungszweck "AKREF"

Links

www.csi-de.de
www.ead.de/arbeitskreise/islam/arbeitskreis-islam.html
www.ead.de/arbeitskreise/religionsfreiheit/arbeitskreis-religionsfreiheit.html
www.ead.de/arbeitskreise/religionsfreiheit/gebetsanliegen/aktuelle-woche.html
www.h-m-k.org
www.hilfsbund.de
www.hoffnungszeichen.de
www.idea.de/nachrichten.html
www.islaminstitut.de
www.kirche-in-not.de
www.opendoors.de
www.pro-medienmagazin.de
www.stanet.ch/APD
www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de
www.igfm.de
www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]
www.barnabasfund.org
www.csi-int.ch
www.forum18.org (Forum 18 News Service)
www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]
www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]
www.persecutedchurch.org
www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]